

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

19.10.1921 (No. 244)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur C. A. M. e. n. b. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Belbe in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 A 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abdruck, der als Kassenabdruck gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung monatlicher Beiträge und Kontoverfahren fällt der Abdruck fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zusendungen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Koblenversorgung in Baden.

Die Koblenversorgung der badischen Gas- und Elektrizitätswerke hat wieder eine äußerst bedrohliche Entwicklung genommen. Da eine Bevorratung im Laufe des Sommers nicht zu erreichen war, sind die Werke auf die Kaufenden, infolge des Rheinwasserstandes und der Erntetransporte auf den Eisenbahnen unsicheren Lieferungen angewiesen. Bei einigen Gaswerken ist die Gefahr der Stilllegung schon nahe gerückt, bei allen Werken sind bei dem jetzt stärker werdenden Bedarf an Gas und Elektrizität Störungen zu befürchten. An die Bevölkerung ergeht daher unter Hinweis auf den Ernst der Lage die Mahnung, daß sie auch von sich aus im Gebrauche von Gas und Elektrizität größte Sparsamkeit walten läßt.

Ein gutes Samenkorn im schlechten Erdreich.

Von Chefredakteur A. Becker-Adolfzell.

Der Schiedsspruch von Genf über Oberschlesien ist also gefallen, und wie fast mit Bestimmtheit zu erwarten war, gegen Deutschland. Es will mir deshalb scheinen, als ob die Frage nach den geistigen Voraussetzungen, welche diesen Schiedsspruch bedingten, fast noch wichtiger sei, als sein geschichtliches Ergebnis. Denn man muß wissen, aus welcher Quelle ein menschliches Urteil gespeist wird. Vermutlich liegen sich die Schiedsrichter von dem Gedanken leiten, die Forderungen Deutschlands und Frankreichs in einer höheren Ebene, wie die Lebensart heißt, zu vereinigen. Ein solches Verhalten der Schiedsrichter muß bei der geographischen Lage Oberschlesiens, dem Aufbau seines Wirtschaftskörpers und seiner geschichtlichen Vergangenheit wie von selbst eine Benachteiligung Deutschlands bringen, eine schwere Verletzung berechtigter nationaler Gefühle und nicht zuletzt ein giftiges Mißtrauen gegen die Institution des Völkerbundes.

Politik ist wesentlich Kompromiß. Man darf das nicht vergessen, will man nicht ungerecht werden. Doch hat auch die Politik der Zugeständnisse ihre Grenzen. Und ihre Grenze ist das Gewissen. Der Mangel an Gewissenkraft und Gewissenreinheit ist die große Gefahr der Gegenwart. Jeder hat vor dem anderen etwas zu verbergen. Spricht man von Gerechtigkeit und Wahrheit, so bleibt es zumeist bei Worten, die Laten folgen nie, oder anders. Was hat denn eigentlich Lloyd George bei der einstigen Sitzung des Obersten Rates bewogen, sich des Völkerbundes zu entsinnen, um eine gerechte Sache, die er so klar erkannt und so kräftig in Worte gekleidet hatte, einer weiteren Zustanz zur Entscheidung zu übergeben? Wir sind geredet genug, die Schwierigkeiten zu verstehen, denen sich der Staatsmann an Ort und Stelle gegenüber sah. Aber wozu soll es in Europa führen, wenn die Staatskassen vor jeder ernsten Schwierigkeit halt machen, oder sie umgehen, anstatt im Geiste der Gerechtigkeit eine Entscheidung herbeizuführen? Es ist so, wie wir ahnten, jeder hat vor dem anderen etwas zu verbergen und niemand will leiden um der Gerechtigkeit willen.

bleibt die Frage übrig, ob das lebende Geschlecht überhaupt die moralischen Sicherheiten aufbringt, einer übernationalen Gerichtsinstitution, wie dem Völkerbund, Vertrauen zu erweisen. Die Frage ist grundsätzlich gestellt und sie bleibt bestehen, auch jetzt, wo die ersten greifbaren Nachrichten von dem Genfer Unglück eintreffen. Man darf von einem Unglück sprechen, denn eine übernationale, von dem Vertrauen der Völker getragene Rechtsinstanz, wäre an sich eine große Errungenschaft des 20. Jahrhunderts, vielleicht die größte auf dem Gebiete der europäischen Politik. Daß ihr erster Entscheid so verhängnisvoll ist, beweist noch nichts gegen die Institution als solche. Dagegen beweist es viel gegen ihre menschlichen Träger. Was ist nun geschehen? Ein gutes Samenkorn wurde in schlechtes Erdreich gelegt von schlechten Sämannern. Eine Rechtsinstanz, die eine Stütze des öffentlichen Vertrauens auch in Deutschland hätte werden können, ist durch die Bedeutungslosigkeit und Unzulänglichkeit der sittlichen Kräfte, die hinter ihr standen, in die verpestete Luft des allgemeinen Mißtrauens hineingerissen worden. Das ist das Unglück von Genf. Man wende nicht ein, jeder, der einen Prozeß verliert, sei mit dem Gericht unzufrieden. Das Gedächtnis der Menschen ist kurz, aber so kurz kann es nicht sein, daß die Zeitungsläser der Welt das berühmte Plaidoyer von Lloyd George in der obererschlesischen Frage schon vergessen hätten. Und wenn sie es wirklich schon vergessen hätten, dann

wäre in Paris das Original des sogenannten Versailler „Friedens“ nachzulesen. — Doch schweigen wir. Versailles war ein Grab aller inneren menschlichen Größe. Europa krankt an Versailles. Tröstet wir uns mit dem römischen Dichter: mors ultima linea rerum. Der Tod ist aller Dinge Grenzen. Es bleibt noch die Tatsache zu registrieren, daß wir trotz aller bitteren Erfahrungen und Enttäuschungen die Idee des Völkerbundes nie ernstlich aufgegeben haben und es entspricht durchaus deutscher, konsequenter Sinnesrichtung, einen an sich großen Gedanken auch dann noch hochzuhalten, wenn er von Unvernünftigen falsch und zu unserem Nachteil verstanden und in die Praxis umgewertet wird. In diesen Tagen kommt ein Buch raus, des Staatssekretärs des Auswärtigen im Kabinett Wilson zur Geltung, indem er über den Völkerbund schreibt:

„Obwohl die Sieger den Krieg unter Anführung der Absicht, diese verderbliche Lehre (Macht vor Recht) als falsch zu beweisen und die von den Mittelmächten bedrückten Völker zu befreien, geführt hatten, belebten sie ohne vieles Zögern diese Lehre während der Pariser Verhandlungen und verlebten sie der Säkung des Völkerbundes ein, indem sie eine Organisation schufen, die einer Oligarchie der 5 Großmächte tatsächlicher Gewalt über die Weltgeschichte gehen mußte. Es war eine Annäherung des Rechtes der Oberherrschaft, die sich auf die Tatsache gründete, daß die vereinte Kraft dieser Mächte Gehorsam erzwingen kann.“

Der Völkerbund wird ein wirklicher Bund der Völker nur dann sein, wenn alle Völker ihm gleichberechtigt angehören können. Deutschland wird und darf nicht den Fehler begehen, ein Gefühl um Aufnahme zu stellen in einer Zeit, die ihm den Beitritt nur unter peinlichen Umständen ermöglichen würde. So, wie der Völkerbund heute ist, wollen wir ihn nicht. Können ihn nicht wollen. Von Versöhnung und Annäherung der ehemals verfeindeten Völker keine Rede, anstatt moralischer Taten moralische Anglistik, anstatt Wahrheit über das grauenhaft europäische Elend Verschleiierung der unheilbaren Zustände, Schönfärberei und Selbsttäuschung, und wo die furchtbare Wirklichkeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Politik nach retterndem Rat förmlich schreit, jämmerliches Versagen. Das ist das Bild das Genf von neuem vor uns entrollt und entrollen wird, wenn der Völkerbund dort noch einmal zu einer Versammlung kommen wird. Rettung kam Europa nur werden von Männern, die für Wahrheit und Gerechtigkeit, für Freiheit und Selbstbestimmung zu kämpfen bereit sind. Nur auf dieser Grundlage, nie aber auf den innerlich unwahren Grundlagen von Paris kann der Völkerbund ein neues freies Europa freier Nationen aufbauen.

Die Karlsruher Protestkundgebung gegen die Entscheidung des Völkerbundsrates.

n. Die eindrucksvolle Demonstration gegen die Losreißung von Oberschlesien, die gestern nachm. 4 Uhr in der Karlsruher Festhalle stattfand, imponierte vor allem durch die nach mehreren Tausenden zählende Beteiligung der Karlsruher Einwohnerschaft — waren doch alle Schichten und Kreise der Bevölkerung vertreten — und durch die entschlossene Kundgebung ihres Willens, das beabsichtigte Protest in letzter Stunde zu erheben. Sie dauerte kaum eine Stunde; die besonnenen Redner, Staatspräsident Krunk, Minister Hummel und Reichstagsabg. Schäfflin (an Stelle des durch Unpäßlichkeit verhinderten Arbeitsministers Dr. Engler) folgten sich in ihren Darlegungen auch kurz, und da zur Debatte sich niemand meldete, konnte die wichtige Versammlung nach der Zustimmung zur vorgeschlagenen Resolution wieder auseinandergehen, aber sie hinterließ doch gerade dadurch, daß alle Bevölkerungsschichten laut und vernehmlich gegen das obererschlesische Unrecht zu protestieren entschlossen waren, einen sehr guten Eindruck, der sicherlich auch im Auslande nicht völlig unbeachtet bleiben kann.

Erster Redner war Staatspräsident Krunk. Er erinnerte vor allem daran, daß Oberschlesien schon seit 1827 zu Deutschland gehöre und nicht von Polen, sondern von Germanen urbar gemacht worden sei. Recht wirksam war sein Hinweis auf Erklärungen des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Wilson am 4. Dezember 1918, daß man nur wolle, was recht ist und ein etwa zu errichtender neuer polnischer Staat nur die unbesetzten polnischen Gebiete umfassen soll. Wenn aber 717 000, oder 78 Prozent, sich zur deutschen Sprache bekennen, und nur 483 000 gegen sie erklärte, dann ist der 13. Punkt der bekannten 14 Punkte Wilsons verletzt worden. Man darf die

Völker nicht willkürlich verschieben, wie Figuren auf dem Schachbrett. Nimmt man Deutschland Oberschlesien, dann will man nicht, daß es seine im Versailler Friedensvertrag eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Gleichwohl dürfen wir dem Glauben an die Zukunft und an das Recht nicht verlieren.

Minister Hummel erhob Protest im Namen der verletzten Grundsätze der Demokratie, was unseres Erachtens durchaus angebracht war, da sich die Entente während des Krieges immer auf sie berief zum Wahrzeichen dafür, daß sie den Krieg gewinnen müsse. Diese demokratischen Grundsätze hat sie mit ihrem Verhalten gegen Deutschland auch in der obererschlesischen Frage gänzlich außer acht gelassen. Auch der Umstand, daß Minister Hummel erwähnte, daß ein Afiate den Vorsitz im Völkerbund führte, der die Losreißung Oberschlesiens von Deutschland beschloß, fand bei der Versammlung verständnisvolles Echo. Was würde man sagen, führte der Redner aus, wenn ein Berliner Geheimrat über tibetanische Gebiete entschied? Er sollte auch die Schuldfrage am Kriege auf und erklärte, daß das deutsche Volk als Ganzes an dem Weltkriege schuldlos war, das habe den Krieg nicht gewollt. Das Urteil in der Weltgeschichte werde nicht gefällt durch erzwungene Erklärungen, die auf dem Folter abgebeugt worden sind. Die Losreißung Oberschlesiens ziehe die gleiche Verurteilung der europäischen Wirtschaft nach sich.

Reichstagsabg. Schäfflin: Wenn Oberschlesien geteilt werden soll, kommt Zentraleuropa nicht zur Ruhe. Beim dritten Einfall der Polen in Deutschland haben sich 18 000 Arbeiter zum Widerstand gemeldet, so groß war auch von Arbeiterschaft die Erbitterung über den polnischen Terror. Man kann die Welt ohne Deutschland nicht aufrichten, das sollte man in Paris und London begreifen. Über die Ungerechtigkeiten des polnischen Vorgehens waren sich in Oberschlesien alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, einig. Es ist undenkbar, aus dem deutschen Leib ein weiteres Stück herauszureißen. Im Süden und Südwesten hat man oft keine Ahnung, welche Leiden die Oberschlesier seit dem Kriege erdulden müssen; es sei normal, daß täglich mindestens 3-4 Personen erschlagen werden. Wenn wir Protest erheben, so denken wir auch an den Schutz der europäischen Kultur. Wir wollen nicht untergehen, bedrohen heißt es trotzdem: Aufwärts zu besseren Zeiten!

Alle drei Redner fanden begeisterten Beifall. Der Vorsitzende der hiesigen Oberschlesier, Krauwitsche, der die Versammlung leitete, ließ dann über die nachstehende Resolution abstimmen:

„Die aus allen Schichten der Bevölkerung in Karlsruhe am Dienstag, den 18. Oktober tagende öffentliche Versammlung erhebt flammenden Protest gegen die Entscheidung des Völkerbundsrates, Teile Oberschlesiens vom Deutschen Reich zu lösen. Oberschlesien hat sich mit der überwiegenden Mehrheit seiner Bewohner und seiner Gemeinden für das Verbleiben bei Deutschland entschieden, mit dem es auch wirtschaftlich eine große untrennbare Einheit bildet. Wir fordern Gerechtigkeit für Oberschlesien, jene Gerechtigkeit, welche im Friedensvertrag feierlichst versprochen worden sei. Den Herrn Reichskanzler bitten wir, gegen die furchtbare Vergeßlichkeit des deutschen Volkes Verwahrung einzulegen.“

Sie wurde einstimmig angenommen und darnach die ausgedehnte verlaufene Versammlung geschlossen.

Warum wir den Krieg verloren.

In seiner bereits erwähnten Besprechung des Buches von Oberst Bauer führt Hauptmann a. D. Wilhelm Meyer in der „Berliner Volkszeitung“ weiter aus:

„Einer der Hauptgründe, warum wir den Krieg verloren, ist die von Oberst Bauer treffend angeführte Tatsache, daß unsere führenden Persönlichkeiten den ungeheuren Anforderungen, die der Feldzug an sie stellte, sich nicht gewachsen zeigten. Bauer glaubt, daß wir den Krieg gewonnen hätten, wenn der verstorbene Generalstabchef Graf Schlieffen — wohl der bedeutendste Offizier der letzten Jahrzehnte — das Heer geführt und Ludendorff dabei sein Gehilfe gewesen wäre. Schlieffen wurde 1906 verabschiedet, weil er — wie Oberst Bauer, der unter ihm Dienst getan hat, berichtet — angeführt der Marokkokrise zum Kriege mit Frankreich drängte. Schlieffen erschien der Krieg unüberwindlich und dieser Zeitpunkt der günstigste zu sein, da Rußland eben von Japan geschlagen war. Kaiser Wilhelm aber hielt einen Präsidentenkrieg für unantwortlich und entließ Schlieffen.“

Einen anderen triftigen Grund, warum wir den Krieg verloren haben, führt Bauer ebenfalls an und belegt ihn mit mehreren Beispielen. Es ist die fortgesetzt falsche Mutmaßung dessen, was in der Zukunft geschehen wird. Wir waren bekanntlich wirtschaftlich auf den Krieg in keiner Weise vorbereitet, weil wir — im Gegensatz zu England — glaubten, daß der Feldzug nur ganz kurze Zeit dauern würde,

Nach im Herbst 1914 arbeitete unsere Stahl- und Eisenindustrie aus dem genannten Grunde nur mit wenigen Prozenten ihrer Kräfte für Kriegszwecke.

Bis zur rumänischen Kriegserklärung wollte der Chef des Generalstabes des Heeres, v. Falkenhayn, nach Bauers Darstellung, nicht an einen Krieg mit diesem Lande glauben. Aufgegebenen Graf Falkenhayn keine ausreichenden Gegenmaßnahmen. Am 24. August 1916 geht Bauer mit dem Kaiser im Park von Bletz spazieren. Der Kaiser war ruhig und heiter und erzählte: „Rumänien würde uns sicher nicht den Krieg erklären, er habe gute Nachrichten; zudem sei es in der Mairernte.“

Als Bauer in sein Bureau zurückkam, lag die Kriegserklärung Rumaniens vor.

General Feseler, der Generalgouverneur von Polen, hatte erklärt, Polen würde mehrere Divisionen zum Kampf gegen Russland aufstellen, wenn man Polen zum Königreich ausrief. Dies geschah auch. Aber die Divisionen blieben vollständig aus. Bauer hat recht, wenn er sagt, daß die Proklamation des polnischen Königreiches mitten im Kriege eine politische Ungeheuerlichkeit war, schon deshalb, weil dadurch jede Verständigungsmöglichkeit mit Russland, jeder Sonderfrieden mit dem Jaren unmöglich gemacht wurde. Denn Frieden unter Anerkennung des Königreiches Polen würde für Russland fast einer bedingungslosen Kapitulation gleichgekommen sein.

Bauer schreibt weiter, daß der Zusammenbruch der mazedonischen Front, der die Katastrophe der Mittelmächte unmittelbar einleitete, uns „fast völlig überrascht“ habe. Der Versuch, das Unheil durch Entsendung von Truppen aus Rumänien abzuwenden, mißlang. Die erste gewaltige Welle wurde in die Front der Verbündeten geschlagen. Völlig überraschend kam für uns auch nach Bauers Mitteilungen das allgemeine Friedensangebot, das der österreichisch-ungarische Außenminister, Baron Burian, am 14. September 1918 machte. Dabei war unser Staatssekretär v. Hintze wenige Tage vorher zum Besuche bei Burian in Wien gewesen. Dieser Sonder Schritt Österreichs zeigte der Entente mit unheimlicher Schärfe die Klüfte, die zwischen den Hauptverbündeten sich aufgetan hatten.

Es gibt wenig Gründe materieller Art, die zum Zusammenbruch führten, welche Bauer nicht erwähnt. Da ist z. B. die gefährte Verhinderung, zu beziehen. Die Oberste Heeresleitung fürchtete, daß dieser Rückzug die Stimmung in der Heimat sehr niederdrücken könnte. Bauer schreibt:

„Ich war der Ansicht gewesen, daß das deutsche Volk alles tragen würde, wenn man es richtig unterrichtete. Das letztere war auch gut vorbereitet. Und siehe da — der Rückzug wurde in Deutschland als „Erfolg“ gebucht, was er ja nun eigentlich nicht war, denn er blieb naturgemäß ein Eingeständnis unserer Schwäche.“

Aber nicht nur dem Volke wurde die Lage anders dargelegt als sie war, sondern zuweilen auch der Obersten Heeresleitung selbst von nachgeordneten Dienststellen. Am 15. Juli 1918 (etwa drei Monate vor dem berühmten Dolchstoß) begann die dritte (Marne) Offensive. Sie geriet bereits vor der zweiten feindlichen Stellung, die sich als unheimlich erweist, ins Stocken, und Bauer sagt, daß es das richtigste gewesen wäre, sofort abzubauen und hinter die Marne zurückzugehen. Er schreibt dann weiter:

„Statt dessen wurde der Angriff fortgesetzt. Über dieser Fehler ist durch die eingehenden Meldungen, soweit die O. S. L. in Betracht kommt, bis zu einem gewissen Grade entschuldigt. Sie lauteten alle so, daß die Fortsetzung des Angriffes Erfolg zu versprechen schien und demgemäß befohlen sei. Daß einzelne Divisionen — im Gegensatz zu anderen, die sich hervorragend schlugen — völlig versagt hatten, ja, daß zum erstenmal deutsche Artillerie in überlaufende deutsche Massen hineingefeuert hatte, wurde nicht gemeldet.“

Bauer verschließt die Augen nicht davor, daß die Löhnung der Feldsoldaten völlig unzureichend war, daß ferner die Beförderungsverhältnisse verbitternd wirken mußten, und daß es zu wenig Urlaub gab. Er ist sich auch klar über das Aufreizende der kausalen großen Kriegsgewinne auf die ungeschorene Masse der Verleumdenden. Bei dieser Lage der Dinge legt er sogar Verständnis für die selbsterlöblichen Dürdeberger an den Tag, die bereits im September 1918 seiner Schätzung nach einhalb Millionen betrogen.

Bauer tadelt das damalige preussische Wahlrecht als überlebt. Aber es gefällt ihm immerhin noch besser als ein gleiches Wahlrecht, das unmündige Kinder dem gereiften Manne und der aufopfernden Mutter gleichstellte, und er bedauert es lebhaft, daß der Rat der O. S. L. im Jahre 1916, den schädlichen, innerpolitischen Streit durch Gewährung eines vernünftigen Wahlrechtes aus der Welt zu schaffen, nicht befolgt worden sei.

Sprachliche Analogiebildungen.

Von Konrad Winterer, Karlsruhe.

Die moderne Sprachforschung versteht unter sprachlicher Analogie solche Fälle von Parallelbildungen, in denen eine gleich oder ähnliche Begriffsbildung in verschiedenen Sprachen zutage tritt, die aber weder durch direkte Abstammung, noch durch bewusste Übertragung zustande kam.

Die Pluralität derselben sprachlichen Erscheinung muß also in den verschiedenen Sprachen unabhängig von einander vor sich gegangen sein, der Parallelismus des Bedeutungswechsels muß offenbar sein, wenn man von sprachlicher Analogie sprechen will. In vielen Fällen wird es freilich sehr schwer sein, die scheidende Grenze zu ziehen und manchmal wird der eine Forscher ein Abstammungs- oder Übertragungsverhältnis annehmen, wo der andere eine selbständige Bildung vorliegen sieht. Die wissenschaftliche Definition will also sozusagen nur eine ungefähre richtige Norm aufstellen, mit der bewußten Einschränkung, daß auch hier die Ausnahmen die Regel bestätigen. Die Regel soll für das Gros der Erscheinungen gelten, sie soll der Rahmen sein, in den und um den herum die familiären sprachlichen Erscheinungen angeordnet werden können. Sie ist, wie jede Definition, nur eine Vereinfachung des wissenschaftlichen Denkens.

Wir wollen indessen hier den ganzen wissenschaftlichen Apparat nicht anwenden, vielmehr in gemeinverständlicher Form einige Fälle von Parallel- und Analogiebildungen vorführen, ohne im einzelnen zu untersuchen, auf welchem der drei angegebenen Wege die zu behandelnde sprachliche Erscheinung entstanden ist. Nur müssen wir immer im Auge behalten, daß es sich hier um große Naturgesetze handelt, die hier das Entstehen und die Weiterentwicklung sprachlicher Gebilde und dort die Entwicklung organischer und anorganischer Wesen und Einzelwesen regeln und die auch die Norm sind für das Werden und Vergehen ganzer Gruppen von Individuen, sie sind zum großen Teil, wenn auch unter veränderten Bedingungen, auch auf die Entwicklung der Sprache anzuwenden.

Auch hier begegnen wir, wie Dr. Freudenberg sagt, denselben wissenschaftlichen Begriffen, die wir von dort her kennen: auch hier, auf dem Gebiete der Sprache, sprechen wir von Vererbung, Kreuzung, Reversion und Atavismen, von Rudimenten,

Bauer gibt sich weiter Rechenschaft über die katastrophale Wirkung, die die Briefe Kaiser Karls an die französischen Machthaber ausübten mühten. Er verheißt sich auch nicht die schädlichen Folgen, die der Organisationswirrwarr nach sich ziehen mußte, der entstand durch die in gewisser Beziehung absolut selbständige Stellung bestimmter Persönlichkeiten und Behörden. (Zum Beispiel Kaiser, Kabinettschef, Reichskanzler, O. S. L., Oberkommandos in der Heimat, Seekriegsleitung, Reichsmarinemat.)

Wald nach Beginn des Feldzuges wurde bekanntlich unser Material immer knapper und knapper. Gegen Ende des Feldzuges nahm die Materialknappheit verheerende Formen an. So hat z. B. der Mangel an Weichgummi für Kraftwagen die Kriegsführung außerordentlich schädlich beeinträchtigt. Nach Bauers Ansicht blieben im Jahre 1918 die erste und zweite Offensive, auf die Ludendorff seine ganze Hoffnung gesetzt hatte, hauptsächlich deshalb stecken, weil die Lastkraftwagen mit ihrer Eisenbereifung die wenigen Nachschubstraßen so zerwühlten, daß der Ersatz von Truppen, Material und Proviant nicht schnell und vollständig genug erfolgen konnte.

Es ist erschütternd, von welchen Dingen schließlich das Schicksal eines so treugläubigen Volkes abhängig, um die Worte zu gebrauchen, die der deutsche Kronprinz im Juni 1918 benutzte.

Bei der bekannten Frühjahrsoffensive 1918 machten unsere Truppen bekanntlich eine riesige Beute an Lebensmittelvorräten. Bauer sagt, daß unsere damaligen gewaltigen Angriffe zum Teil deswegen scheiterten, „weil unsere ausgedehnten Truppen“ an den allzulange entzehrten Genüssen zu sehr gütlich taten.“

Unsere Aus Hungerrung, die im Kriegsplane des Gegners mit an erster Stelle stand, war zweifellos einer der Hauptgründe unseres Zusammenbruchs. Auch einer der Hauptgründe der Revolution. Nicht aber die Verheerung der Front durch die Heimat, wie Bauer noch immer annimmt, wobei der Oberst merkwürdigerweise gar nicht die großzügige Propaganda gegen den Krieg und das monarchische System erwähnt, die unsere Gegner durch Abwurf und Abschuß von Flugblättern, Broschüren, Bildern, Ansichtskarten usw. in unsere Reihen machten.

Zweifellos: der Krieg erzeugte eine eigenartige Weise nicht einmal sehr große Anzahl Kriegsgegner, die für ihre Überzeugung an der Front hier und da Propaganda gemacht haben mögen. Aber unseren Zusammenbruch in der Hauptsache auf die Tätigkeit dieser Leute zurückzuführen, heißt: die Dinge vollständig verkehren und dadurch den Neuanfang erschweren!“

Politische Neuigkeiten.

Einigkeit unter den Alliierten.

* Wie Neuter erklärt, haben sich alle alliierten Regierungen damit einverstanden erklärt, die Vorschläge des Völkerbundesrates mit Bezug auf Oberbefehligen ohne jeden Vorbehalt anzunehmen. Sie betrachten es als von höchster Wichtigkeit, daß Deutschland und Polen sich streng nach diesen Vorschlägen richten. Was noch der Erwägung unterliegt, sind einzig und allein die Fragen, die das Verfahren betreffen, insbesondere die Frage der Ernennung einer gemischten Kommission, die die Durchführung der wirtschaftlichen Vorschläge des Völkerbundesrates übernehmen soll. Es wird für wichtig angesehen, daß diese Fragen erledigt werden, bevor die neue Grenzlinie der deutschen und polnischen Regierung bekannt gegeben wird.

Die Verhandlungen über das Reichskabinett.

Unter der Überschrift „Matlosigkeit“ bestätigt der „Vorwärts“, daß die vorgedachte Sitzung des interfraktionellen Ausschusses des Reichstages, die sich mit der inneren Krise beschäftigte, ergebnislos geblieben ist. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien gaben, wie das Blatt mitteilt, über die Frage der Revision des Kabinetts keine Erklärung ab; sie scheinen sich darüber selbst noch nicht schlüssig zu sein. In der Steuerfrage konnte kein Fortschritt erzielt werden, da bestimmte Vorschläge über die geplante Kredithilfe noch nicht vorliegen. Auch in dem späteren Stadium der Verhandlungen, die unter der Teilnahme der Deutschen Volkspartei stattfanden, wurde kein Ergebnis erzielt. Der „Vorwärts“ meint, man habe sich mit dem Gefühl getrennt, einander nicht näher gekommen zu sein. Die nächste Sitzung des Ausschusses wurde auf Dienstag nachmittags angelegt. Gegenüber der gestern von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vertretenen Auffassung, daß die Parteien (also wohl die bisherigen Koalitionsparteien) sich auf den Standpunkt gestellt hätten, daß

eine vollständige Neubildung des Kabinetts erfolgen soll, stellt der „Vorwärts“ noch einmal ausdrücklich fest, daß sich wenigstens die Sozialdemokratie nicht auf diesen Standpunkt gestellt habe. Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion des Zentrums sind für Mittwoch vormittag zu einer Sitzung einberufen worden. Man nimmt an, daß diese Sitzung die endgültige Entscheidung der Kabinettsfrage bringen wird.

Die Teuerungszuschläge für Beamte und Arbeiter.

Für die mit Wirkung vom 1. August anzuwendenden erhöhten Teuerungszuschläge für die im Reichsdienst stehenden Beamten und Arbeiter sind bisher im Reichsetat noch keine Mittel ausgeworfen worden. Der Reichstag hat zwar bei seiner letzten kurzen Tagung eine Ergänzung zum Haushaltsgesetz für das laufende Jahr verabschiedet, worin die prozentmäßige Erhöhung der Teuerungszuschläge festgesetzt wurde; auf den Haushaltsplan selbst sind aber die neuen Ausgabebeiträge noch nicht gebracht worden. Wie die „Frfr. Ztg.“ hört, wird dem Reichstag demnächst der dafür notwendige Nachtragsetat vorgelegt. Der Gesamtjahresbetrag, den die Erhöhung der Zuschläge erfordert, wird sich auf rund 7,745 Milliarden M. belaufen; auf die Reichspost entfallen davon 1,4 Milliarden, auf die Reichseisenbahnen 3,2 Milliarden und auf die innere Verwaltung des Reiches 3,145 Milliarden M. Außerdem muß das Reich den Ländern für die gleichzeitige durchgeführte Erhöhung der Bezüge der Landesbeamten einen Beitrag von jährlich 1,2 Milliarden gewähren. Für das laufende Haushaltsjahr kommen von diesen Summen nur jeweils zwei Drittel in Betracht, da die Erhöhung der Bezüge erst am 1. August in Wirksamkeit getreten ist. Der Nachtragsetat wird deshalb als Beitrag für die Länder 800 Millionen M. und als Mehraufwand für die Reichsbeamten und Arbeiter 5,183 Milliarden Mark erfordern. Von dieser letzten Summe entfallen auf die Reichspost 933 Millionen, auf die Reichseisenbahn 2,133 Milliarden und auf die innere Reichsverwaltung 2,097 Milliarden Mark.

Das neue Berliner Stadtparlament.

Nach der letzten amtlichen Feststellung des Ergebnisses der Berliner Stadterordnetenwahlen werden sich die Sitze der Stadtverordnetenversammlung wahrscheinlich wie folgt verteilen:

Mehrheitssozialdemokraten 47 (bisher 30), Unabhängige 43 (bisher 63), Kommunisten 21 (bisher 23), Demokraten 17 (bisher 16), Wirtschaftspartei 11 (bisher 10), Zentrum 8 (bisher 8), Deutsche Volkspartei 35 (bisher 39), Deutschnationale 41 (bisher 27), Deutschsoziale 1 (bisher kein Sitz).

Der Berliner Magistrat wird trotz des Ausfalls der Stadtverordnetenwahl seine sozialistische Mehrheit behalten, weil mit dem Oberbürgermeister Ritter zehn Sozialdemokraten auf zwölf Jahre gewählt worden sind.

Gegen Teuerung und Wucher.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der es heißt: Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft wurden die Preise für die Nahrungsmittel und die Gegenstände des täglichen Bedarfs maßlos in die Höhe getrieben. Ähne und Gehälter sind völlig unzureichend erhöht worden. Die wirtschaftliche Lage der Invaliden, Alters-, Unfall- und Kleinrentner hat sich bedeutend verschlechtert und die Kleinrentner sinken immer tiefer ins Elend. Was gegen die Regierung zu tun, um die Preissteigerung der Waren deutscher Herkunft und den offen betriebenen Wucher zu unterbinden?

„Ein Spiegelbild der Deutschnationalen.“

Unter dieser Überschrift schreibt die „Berl. Volkszeitung“: In Danzig ist die Reaktion bis auf die Knochen blamiert worden. Im „Deutschen Volkswort“, der vom Heimattreue herausgegebenen Zeitschrift, wurde der dokumentarische Nachweis erbracht, daß der Herausgeber der ultrareaktionären, nationalistischen „Ditnacht“, ein Herr Luedke, der Mitglied der Deutschnationalen Partei ist, während des Krieges englischer Agent gewesen ist und auch an Polen Berichte geliefert hat. Nun kann eine Partei nicht für jeden Schluß verantwortlich gemacht werden, der sich in ihre Reihen einschleichen hat, aber es ist doch nicht zufällig, daß der Verräter

ten, vom Kampf ums Dasein, von begünstigten Daseinsformen und von ausgeforderten Zwischenstufen.

Wenn wir speziell die sprachlichen Analogiefälle betrachten, werden wir auf einige der wichtigsten Denkgesetze stoßen (die aber natürlich alle nur Sprachgesetze sind), in denen eine gewisse Uniformität des menschlichen Denkens feststellen können, und wir werden einsehen, warum verschiedene Sprachen unabhängig von einander zu denselben Sprachbildungen kamen und kommen mußten: weil sie eben auf gleichen Sinneindrücken beruhen, weil sie auf gleichen Erfahrungen beruhen und weil gleichartige grammatische Funktionen ein gleichartiges Denken bedingen!

Ich beginne die Reihe sprachlicher Analogiebildungen mit dem Begriffe „Jahr“. Wie im Lateinischen eine Verwandtschaft zwischen Annus = Jahr und annulus = Ring besteht, so im Türkischen, Tartarischen, wo jil sowohl „Jahr“, wie „Rundung“ bedeutet. Auch die griechische Bezeichnung für Jahr: eniautos *) weist auf die Ring- oder Kreisanschauung hin, indem das Jahr als eine in sich selbst (en heauton) zurückführende Linie, als Kreis gedacht ist. Und im Schwedischen bedeutet das mit unsern Wörtern „Jahr“ und „Jahr“ verwandte Wort yra = im Kreise beieinander. Sogar religionsbildend hat dieser Gedanke gewirkt: im Sonnenkultus bedeuten die Horen (hora) die Göttinnen der regelmäßig wiederkehrenden Naturordnung (Jahreszeiten, Sonnenstand usw.) und auch das Christentum hat diese Idee übernommen, wenn gleich in anderer Form: die sich selbst in den Schwanz beißende, also einen Ring bildende Schlange, durch welche der Begriff der Ewigkeit dargestellt wird. — Schon sehr frühe mußte die Menschheit durch Erfahrung auf die Gleichung „Jahr = Ring, Kreis“ kommen, indem sie aus dem Wiederkehren der Jahreszeiten, aus dem scheinbaren Kreislauf der Sonne lernte, den räumlichen Kreisbegriff dem zeitlichen Jahr begriff gleichzusetzen. Solcher elementaren Anschauungs- und Denkformen finden wir eine große Reihe in der Sprache festgelegt. Und immer wieder muß betont werden, daß hinter all diesen Denken und Sprechen immer wieder die Erfahrung und im letzten Ende die Tätigkeit unserer Sinne steht.

*) Wir bringen hier griechische Wörter in lateinischen Buchstaben. (Die Red.)

Es ist handgreiflich, warum in einigen Sprachen der Dicht als der Stecher aufgefahrt erscheint: weil eben seine Raufbildung zu solcher Benennung geradezu herausfordert. So liegt unserem deutschen Worte „Dicht“ das gleichfalls deutsche „heden“ zu Grunde, indem alt und mittelhochdeutsch „heden“ ein „Stechen“ bezeichnete. Dem entspricht ganz genau das englische pike, das sowohl „Spitze“, wie „Dicht“ bedeutet. Und im Französischen haben wir denselben Bedeutungszusammenhang: broche = Spieß und davon brochet = Dicht. Ebenso ist im Nordischen nach gaddr = Stachel das Wort gedda = Dicht gebildet worden. Diese analogen Bezeichnungen konnten ganz leicht völlig unabhängig von einander entstehen, weil die Dichte bekanntlich überall — gleich ausfallen!

Gerade so sehen wir Analogiegebilde im Deutschen „Schäps“ = verhämmertes Schaf, dem wir das altlateinische scopiti = Isotriren entgegenhalten, und im Deutschen Worte Sammel, mit dem wir das althochdeutsche „hamalon“ = verhämmertes vergleichen. Und als dritte Analogie hierzu führe ich an das französische „mouton“ = Sammel, das vom lateinischen „mutiare“ = verhämmern“ stammt.

Weiter: Der Mensch mußte nur die Augen aufmachen, um Beziehungen zwischen „weiß“ und „Weizen“ zu entdecken, indem Weizen eben die Frucht ist, die uns das Weißmehl liefert! Es bestand sicher schon lange die Farbbezeichnung „weiß“, als der Mensch mit dieser Bezeichnung auch den gemahlenen „Weizen“ benannte. So finden wir diesen deutschen Begriffen weiß und Weizen entsprechend bretonisch: gwena und gwiniw und altindisch: cveta und cvinya und auch gotisch: hweits und hwaiteis = weiß und Weizen. — Von einander unabhängig kam also der gotische, deutsche, bretonische und indische Mensch darauf, den Weizen nach der weißen Farbe seines Mehles zu benennen.

Eine Analogiebildung ist es auch, wenn aus dem mittel-lateinischen cuppa (= Trinkschale) unser Wort „Kopf“ wird, wie aus dem lateinischen testa (= Topf, Urne) das französische tête = Kopf und im Altnordischen noch kolla = Kopf das analoge koll = Kopf. Die Entstehung dieser Worte reicht also in Zeiten zurück, da der Mensch aus den Schädeln der erschlagenen Feinde Gefäße, sogar Trinkschalen, fertigte. Die Mythologie bewahrt ja solche Erinnerungen der Menschheit; viel besser und sicherer aber, wie wir gesehen haben, besorgt das die Sprache. Solche Erfahrungen mochte Vichtenberg gemacht haben, als er schrieb: „Wenn man selbst

...wede nur mit den Deutschnationalen so innig angeheftet hatte. Hier fand er nämlich die Leute, die sich durch ein paar Phrasen und Schlagworte so begeistern ließen, daß sie ihrem „Kampfer“ blindlings folgten und ihm anvertrauten, was er ihnen wollte — um es an Polen weiter zu berichten. Mit einem für die Deutschnationalen geradezu niederstimmernden Rhythmus gesteht Lueders, der zugleich Mitglied des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes ist, den Tatbestand zu. Zur Begründung für seine Handlungsweise erklärt er, er habe „die Reaktion mit ihren eigenen Waffen schlagen“ wollen. Da er Vertrauensmann der Deutschnationalen war, kennt er ihre Befehle ganz genau. Er entwirft von ihnen folgendes hübsche Konterfei:

Solch rohes Geplär, wie ich es in der „Ostwald“ bräuden ließ, konnte nur dem wenig wäherischen Geschmack der Alldeutschen wohl tun. Und die „Ostwald“ tat ihnen wohl! Täglich gewann ich neue Mitarbeiter jede Post brachte mir Lobes- und Anerkennungsschreiben. Als ich das auf die Fühigkeit der Reaktion zugeschnittene Gedicht zur Verherrlichung der Ermordung Erzbergers vom Stapel ließ, glaubte ich die Seite überspannt zu haben; aber nein, die Dummheit der Herren Alldeutschen war doch noch größer als ich annahm, und ich erhielt — nicht weniger als 32 Glückwünsche und Lobeschreiben aus den Kreisen Danzigs und auch des gesamten Deutschen Reiches.“

Ein vornehmer Charakter ist, so schreibt die „Berl. Volksztg.“, der Herausgeber der „Ostwald“ gewiß nicht, aber er ist ein Menschenkenner, und wenn er auch seine deutschnationalen Parteifreunde über seine Gesinnung und seine Absichten in jenen Kreisen nicht schwer fiel, so spricht er wenigstens jetzt die Wahrheit. Sie ist für unsere Nationalisten vernichtend.

Der frühere König von Bayern †.

Aus Budapest meldet das Ungarische Korrespondenzbüro vom Dienstag: König Ludwig von Bayern ist heute nachmittag 4 Uhr 30 in Scarbar gestorben.

Kurze polit. Nachrichten.

Berlin ohne Zeitungen. Im Betrieb des Berliner Tageblattes ist ein Streik ausgebrochen. In der Auseinandersetzung zwischen Betriebsleitung und Arbeiterchaft haben sich auch die meisten anderen Zeitungen Berlins auf die Seite des Berliner Tageblattes gestellt. Gestern sind die Mänter mit Ausnahme der drei sozialdemokratischen, der „Deutschen Ztg.“ und des „Deutschen“, nicht erschienen. Der „Freiheit“ zufolge handelt es sich bei dem Streik im Verlage Hoffe mit seinem Druckereipersonal nicht um einen Streik der Druckereibesitzer, sondern um eine Ausperrung des gesamten technischen Personals, das eine Änderung des Tarifes, der bis zum 31. Dezember läuft, fordert. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes im Zeitungsberwerb teilt mit, daß weder im Verlage von Rudolf Hoffe noch in irgend einem anderen Berliner Zeitungsverlag eine Ausperrung erfolgt sei. Die bürgerlichen Zeitungsverlage hätten lediglich aus Gründen der Solidarität mit dem Verlage von Rudolf Hoffe ihr Erscheinen eingestellt, und zwar auf ihre eigenen Kosten. Löhne und Gehälter würden weiterbezahlt.

Kappistenprozess. Vor dem Reichsgericht in Leipzig beginnt am Donnerstag, 27. Okt., der Prozess gegen den Regierungspräsidenten a. D. Traugott v. Jagow und den Vorsitzenden des Rheinlandbundes Freiherrn v. Wangenheim. Beide Angeklagten haben sich wegen Hochverrats und wegen Beteiligung am Kapp-Putsch zu verantworten.

Badische Uebersicht.

Die Kartoffel-, Zuckerrüben- u. Runkel- (Dick-)rüben-Ernte.

(Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt). Wie zu Anfang August für das Brotgetreide, für Gerste und Hafer, so wurden zu Anfang Oktober laufenden Jahres von den amtlichen Saatensandberichterstellern auch Ernte-

voranschätzungszahlen für Kartoffeln, Zuckerrüben und Runkelrüben erhoben und die eingelaufenen Ertragsmeldungen im Statistischen Landesamt bearbeitet. Nach einer Zusammenstellung der Ergebnisse berechnet sich der Gesamtertrag an Kartoffeln in Baden schätzungsweise auf rund 7146 000 Doppelzentner oder durchschnittlich rund 81 Doppelzentner vom Hektar der gesamten diesjährigen Kartoffelfläche (88 460 Hektaren). Die für die einzelnen Landeskommissarbezirke errechneten Durchschnittserträge beziffern sich im Landeskommissarbezirk Konstanz auf 115 Doppelzentner, Freiburg 87 Doppelzentner, Karlsruhe 55 Doppelzentner und Mannheim 73 Doppelzentner. Der für das Jahrzehnt 1911—1920 für das Land im ganzen berechnete Durchschnittsertrag beträgt 106 Doppelzentner, ist also erheblich höher als der diesjährige. Nur in dem ebenfalls durch lang anhaltende Trockenheit heimgejudeten Jahre 1911 war der Durchschnittsertrag mit 76 Doppelzentner noch niedriger als im laufenden Jahr.

Der für Zuckerrüben (zur Zuckerrückfabrikation) geschätzte Gesamtertrag beläuft sich auf rund 471 000 Doppelzentner oder 180 Doppelzentner vom Hektar der gesamten Anbaufläche (2610 Hektaren). Auch dieser Ertrag bleibt hinter dem der letzten Jahre zurück. Im Vorjahr (1920) z. B. wurde ein Gesamtertrag von 567 500 Doppelzentnern und ein Durchschnittsertrag von 258 „ erzielt, und zwar von einer Anbaufläche von nur 2200 Hektaren.

Am günstigsten wird der Ertrag an Runkelrüben (Dickrüben, zum Futter) beurteilt. Von der amtlich ermittelten Anbaufläche dieser Gattung mit rund 36 250 Hektar wird ein Gesamtertrag von 7 671 000 Doppelzentnern geschätzt, d. h. durchschnittlich 212 Doppelzentner vom Hektar. Es bleibt jedoch auch dieser Ertrag erheblich hinter dem Vorjahr zurück, wo von der fast gleich großen Anbaufläche (36 450 Hektar) ein Gesamtertrag von 11 567 000 Doppelzentnern und ein Durchschnittsertrag von 317 Doppelzentnern auf den Hektar festgestellt werden konnte.

Abg. Haas gegen eine Regierungskrise.

In Schwetzingen sprach in einer öffentlichen Versammlung der demokratische Reichstagsabg. Dr. Ludwig Haas vor zahlreich erschienenen Zuhörern über die augenblickliche Lage und die Bedeutung der kommenden badischen Landtagswahlen. Der Redner ging aus von der obersten politischen Frage und nahm Stellung zu der Frage: Was soll nun geschehen?

Das deutsche Volk, so führte er nach einem Bericht der „Frl. Ztg.“ aus, steht vor einer ebenso schweren Entscheidung wie damals vor der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages. Es sei nichts leichter zu sagen, als die Regierung solle zurücktreten. Viel schwerer dagegen sei es, die Regierung bleibe und verhalte, selbst unter den nun gegebenen neuen Voraussetzungen die Regierungsgeschäfte weiterzuführen, also die Politik der Erfüllung fortzusetzen in dem Gebanten, daß, wenn Zeit gewonnen sei, viel erreicht sei. Die andere Möglichkeit sei eine deutschnational gerichtete Regierung, die für die Bekämpfung des Bürgerturns vielleicht einmal ausgeschieden sei. Dann müßte die Rechte durch die Tat bewiesen, ob sie es besser machen könne. Dann müßte bewiesen werden, ob ein Helfferisch als Finanzminister ohne große Steuern auskommen könne, jener ehemalige Finanzminister, der während des Krieges Gewinne auf Gewinne habe aufkommen lassen, ohne sie, wie England und Amerika es getan haben, steuerlich zu erfassen, jener Helfferich, der durch seine verkehrte Steuerpolitik, die nur auf Stimmungsmache eingestellt gewesen zu sein scheint, eine falsche Meinung über unsere Lage im Kriege habe aufkommen lassen und so beigetragen habe zur Katastrophe. Des weitern betonte der Redner die dringende Notwendigkeit, daß besonders im Bürgerturn ein starkes republikanisches Bewußtsein sich entwickele. An dem jetzigen Elend und Tiefstand sei nicht die demokratische Staatsform schuld, sondern zum großen Teil die furchtbare falsche Politik, die von den Anhängern des kaiserlichen Deutschlands getrieben worden sei. In der Frage der republikanischen Staatsform nehme die Deutschliberale Volkspartei eine unklare Stellung ein. Aber jetzt müsse man von einer Partei, die mit teilnehmen wolle an der Leitung der Republik, verlangen, daß sie Farbe bekenne. Wir können einfach keine Leute gebrauchen, von denen wir annehmen müssen, daß sie offen oder geheim die Monarchie unterstützen. Was uns im politischen Leben not tut, seien Grundgesetze. Die Volkspartei lasse es aber an diesen fehlen, sie sei eine Partei von grundsätzlicher Grundlosigkeit.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Berkehrsherrren. Sperre für Frachttüdgüter, die in Hanau Ost umzuladen sind, ist aufgehoben.

Aufruf.

Unter diesem Titel veröffentlicht Ludwig Burckard eine Notiz im neuesten Heft der „Zeitschrift für bildende Kunst“, worin uns ein deutscher Glasmeister aus der Dürer-Zeit wie der vorgeführt wird, der, wenn er auch nicht von der grandiosen Losgesessenheit eines Grünewald, des gleich gotischen wie barocken Meisters, war, doch viel weniger äußerlich den zeitlichen Bedingungen verfiel als Baldung am Oberrhein oder Burgkmair in Augsburg. Valentin Busch verkörpert das Deutsche in der Kunst so rein wie das nur irgend möglich ist, in Zeichnung und Farbe, in Tiefe der Auffassung und überzeugender Seelenführung. Nun droht das Werk des Meisters aus unserer kaum gewonnenen Erkenntnis zu verschwinden, denn „der Ausgang des Krieges, der Elend und Notbringen an Frankreich brachte, hat“, wie Burckard schreibt, „auch das Denkmal für diesen in Ruhm tätigen großen deutschen Künstler der Renaissance jäb zerstört, die monumentale Publikation, durch die man den Schöpfer der Fenster im südlichen Querchiff und Hochchor des Meier Domes, Valentin Busch, zu ehren gedachte.“

Dieser Schicksalsschlag ist besonders schwer. Denn anscheinend nur wenigen Deutschen sind diese riesigen, künstlerisch sehr bedeutenden Glasfenster bekannt geworden. Und wenn auch die deutsche Wissenschaft zwischen den beiden Kriegen es verstanden hat, die von Beginn beigebrachten Urkunden über Valentin Busch zu überprüfen oder gar durch neue Nachforschungen in den Archiven zu vermehren, so lagen doch photographische Aufnahmen schon vor dem letzten Kriege in solcher Fülle bereit, daß Regierungen- und Dombaumeister W. Schmitz in einem Bericht des Meier Dombausblattes eine auf vier Bände berechnete Publikation über die alten Glasmalereien des Domes als bevorstehend in Aussicht stellen konnte. „Für den 1. Band — er sollte die 1521 und 1527 datierten südlichen Querchiffen enthalten — sind die farbigen Aufnahmen so weit fertiggestellt, daß mit der Reproduktion derselben begonnen werden kann“, so schrieb W. Schmitz im Dombausblatt Nr. 17 vom Jahre 1912.

Heft 9/10, 1921, Verlag G. A. Seemann, Leipzig. Hierzu zwei treffliche Abbildungen, weibliche Köpfe aus dem Fensterfenster Buschs, worfür Professor Geiges, Freiburg, die Vorlage zur Verfügung gestellt hat. Dr. G.

DZ. Mannheim, 18. Okt. Oberbaurat Hiser hat ein Projekt für ein Bureauhaus ausgearbeitet, wodurch dem Mangel an Bureauräumen etwas abgeholfen werden soll. Vorgezogen ist ein mit zwei Türmchen versehenes Hochhaus mit 13 Vollgeschossen und zwei Untergeschossen. Als Baugrund kommt der Goetheplatz in Frage, der von vornherein zur Überbauung bestimmt war. Die Idee des Vollentwerfers gewinnt also auch im deutschen Städtebau Boden; denn das als Handelshof gedachte Bureauhaus wird den Wasserturn überlegen. Es sollen Verkaufs-, Ausstellungs- und Kontorräume untergebracht werden, daneben Räume für gesellige Veranstaltungen der Handels- und Industriekreise, und selbstverständlich Sala zu erster Beratung. Auch ein Restaurant und Kasse wird nicht fehlen. Der ganze Bau, der über 16 000 qm nutzbarer Raum abgibt, soll auf 32 Millionen M. zu stehen kommen, die Mieten eine 12prozentige Verzinsung bringen. Ein derartiges Bureauhaus dürfte zum Repräsentanten für die Bedeutung des Mannheimer Wirtschaftslebens werden. Es ist auch schon der Plan aufgetaucht, am gleichen Platz ein großes Hotel zu errichten.

DZ. Pforzheim, 19. Okt. Der seit 1900 dem Landtag angehörende demokratische Abgeordnete, Fabrikant Andreas Odenwald, hat die Annahme einer Kandidatur für die bevorstehenden Wahlen abgelehnt.

Aus der Landeshauptstadt.

Die Entlohnung der Hausangestellten in Karlsruhe. Unter dem Vorsitz von Regierungsrat Ott wurde zwischen den Hausfrauenorganisationen Badischer Frauenverein, des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, der Frauengruppe des Deutschen Offizierbundes, des Jüdischen Frauenbundes, Kath. Frauenbund — der Hausfrauenbund hat es abgelehnt, an der Sitzung teilzunehmen — und den Hausangestelltenorganisationen: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Christl. Gewerkschaftskartell, Deutsche Gewerkschaften Kirch-Dunder, Evangl. Hausgehilfenverein, Kath. Diensthilfsverein, Verband der Hausangestellten Kirch-Dunder und Zentralverband der Hausangestellten folgende Vereinbarung über die Entlohnung der Hausangestellten getroffen:

1. Diensthilfen bei voller Verpflegung (Monatslöhne): 14—16jährige Anfängerin: a) im 1. Vierteljahr 70—80 M., b) nach dem 1. Vierteljahr 80—90 M., Alleinmädchen ohne Kochen 120—130 M., Alleinmädchen mit Kochen 140—160 M., selbständige Haushälterin oder Wirtschaftlerin 200—230 M., Kindermädchen (nicht Kinderpflegerin) 110—120 M., einfache Köchin 160—180 M., perfekte Herrschaftsköchin 240—260 M., einfaches Hausmädchen 120—130 M., einfaches Zimmermädchen 135—150 M., Zimmermädchen mit Wägeln und Nähen 160—180 M., Jungfer 240—260 M.
2. Monatsfrauen, wenn Kost nicht gewährt wird: Für Haushaltungen: bei einständiger Arbeit pr. Stunde 3,50 M., bei zwei- und mehrständiger Arbeit pr. Stunde 3 M., bei einständiger, nur einmal vorkommender Gelegenheitsarbeit pr. Stunde 5 M., für Sonntagsarbeit 75 Proz. Zuschlag, für Bureau und gewerbliche Betriebe: bei einständiger Arbeit pr. Stunde 4 M., bei zwei- und mehrständiger Arbeit pr. Stunde 3,50 M., bei einständiger, nur einmal vorkommender Gelegenheitsarbeit 6 M.
3. Die Fußgeldentschädigung bei einer Arbeitszeit bis zu 3 Stunden wird nach den bestehenden Sätzen zu Zu- und Abgang besonders vergütet, wenn der Weg zur Arbeitsstelle mehr als ¼ Stunde beansprucht.
4. Für Wasch- und Putzfrauen, wenn Kost nicht gewährt wird: Für Haushaltungen: bei einhalbtägiger Beschäftigung (4 Stunden) 14 M., bei einstädtiger Beschäftigung (8 Stunden) 26 M., für Bureau und gewerbliche Betriebe: bei einhalbtägiger Beschäftigung (4 Stunden) 16 M., bei einstädtiger Beschäftigung (8 Stunden) 30 M.
5. Karstellbodenreinigung u. Entfernen von Weißbinderdreck pro Stunde 6,50 M.



Der teure Bohnenkaffee
gibt erst dann allen seinen Extrakt her, wenn man Pfeiffer & Viller's Kaffee-Milch dazu tut. Ein Versuch überzeugt.

Gr. Silberpaket M. 3.— Originaldose M. 3.60
in allen einschlägigen Geschäften.

viel halt, so findet man viele Weisheit in der Sprache eingetragen.

Eine Analogiebildung sehen wir auch darin, daß nach dem türkischen lelak = Flieder unsere Farbbezeichnung „lila“ und nach dem lateinischen viola = Veilchen dieselbe Farbe als „violett“ gebildet wurde, das eine nach dem eigenartigen Blauen Flieder, das andere nach dem ebenfalls besonders blauen Veilchen.

Gerade Farbbezeichnungen gehören wohl zu den ältesten Wörtern und die Erforschung ihrer Entstehung und ihrer genetischen Zusammenhänge muß wichtige kulturhistorische Tatsachen fördern. So ist mit ziemlicher Sicherheit zu behaupten, daß die Farbe des Tieres, das unserer Farbe entspricht, schwarzblau gewesen sein muß. Wir können das aus mehreren Sprachen belegen.

Dem hochdeutschen Worte „Lauve“ entspricht ein Ielisches „dub“ = „schwarz“ und ebenso arabisch „dub“ = „schwarz“ und „duibe“ = „Schwärze“. Vielleicht hängt diebe = Keule damit zusammen, der „Füß der Schatten“, der schwarze Mann. Und dem ostslawischen: axsaena = Lauve entspricht altwestslawisch: axsaena = blau, schwarz.

Eine weitere Entsprechung erblicken wir in altslawisch: golabi = Lauve im Vergleich zu altpreussisch: golimban = blau, wobei wir auch an lateinisch: columba = Lauve denken. Und genau so entspricht auch griechisch: peleia = „wilde Lauve (von schwarzblauer Farbe)“ und pelios = blau. Als weitere Beispiele führe ich noch an: Wie der Deutsche nach „Band“ die Wandblaus „Wanze“ nennt, so auch der Tscheche nach stena (= Wand): stence (= Wanze). Eine Analogie liegt auch vor, wenn aus dem deutschen (im Mittelalter folgenden) Bann (verbann) übers mittelaltlateinische bannire ein italienisches: bandito wird (daher unser Bandit) und gerade so aus dem gleichfalls vom deutschen „verbann“ stammenden mittelaltlateinischen: Forbanus das französische: Forban = Seeräuber. Es ist klar, wie in beiden Fällen mittelaltliche Anschauung und Erfahrung zugrunde liegt: Der mit dem Bann Belegte (Verbannete) hatte keine Möglichkeit, sich mehr durch die Welt zu bewegen, so wurde er in vielen Fällen Bannit und Seeräuber! So sind Bannit und Forban unter sich Analogiebildungen, wenn sie auch zum deutschen Wort in einem Abstammungsverhältnis stehen. (Schluß folgt.)

„Es ist dringend zu wünschen, daß die beteiligten Kreise alles daran setzen, damit eine Veröffentlichung auf Grund der zahlreichen in Deutschland vorhandenen photographischen Platten doch noch zustande kommt.“ Wir bringen diesen Aufruf nur, um auch an dieser Stelle zu zeigen, für welche hervorragendes deutsches Kulturgut wir plädieren, dem wie dem Rosenheimer Altar von Grünewald neuerdings das Schicksal der Verbannung zuteil geworden ist.

„Stideren und Spitzen-Rundschau.“ Ein neues Ideal, das der edlen Frauen-Handarbeit künde seit Jahren diese mutige Frauen-Zeitschrift, sie zeigt in Bild und Wort, daß die neue Frauen-Handarbeit nicht langwierig-stumpfsinnige Bügelpausen-Stichelei oder Zeitvertreib ist, sondern der Eingriff des Reizvollsten, Befestigten, Bornehmsten, das die schöpferische Frau schaffen kann, eine Mädchenwelt voll Reize und Lebenswürdigkeit, voll Geheimnis und Rätsel. Ein Bild ihrer Reichhaltigkeit mag ein Überblick über das soeben erschienene Doppelheft 1/2 (Preis M. 8.—) des neuen Jahrgangs geben. (Verlagsanstalt Alexander Koch-Darmstadt). Es zeigt: künstlerische Tüll- und Buntstidereien, Vitrinendecken, Herren- und Empfangszimmer-Kissen in Wolle und Seide, Tischdecken; Kassetten, Nadelkissen mit Petticoat-Stiderei, Stidereien auf Goldgrund und Gobelin-Stiderei, Bettdecken und Vorhänge in feiner Weißstiderei; neue einfache Klappspitzen, feine Hädelspitze, gestricke und gestricke Kinderhäubchen und Kleider, gebekte Teestiche, Monogramme u. a. m. Belehrend, amüsant, anregend sind die vielen Klaunderien und technischen Beiträge wie: „Lob der Nadel“, „Entstehung des Stidwerks“, „Frauenart im Kunsthandwerk“, „Gedanken über Kissen“, „Ein Spitzenmärtchen“, „Freude-Schaffen-Form“, „Die Seele der Blumen“, „Was die Stidlerin wissen muß“, „Kom Wesen der Spitze“, „Kunst-Stiderei und Stid-Kunstlerin“, „Spitzen und ihre Technik“, „Weiterentwicklung der Spitze“, „Das Kind und sein Kleid“, „Die geheilte Wunde“, „Kunst-Technik-Material“ u. a. m. Etwa 75 große Abbildungen, 1 Vierfarbendruck, 4 Sepiatonbeilagen, 1 naturgroße Mustervorlage enthält im Ganzen dieses entzückende Doppeldoppelheft, dessen Bezug allen aufs wärmste empfohlen werden kann, die teilnehmen wollen an dieser neuen, freudvolleren Welt der schaffenden Frau.

Die Kost wird in allen Fällen mit täglich 6 Mk. berechnet. Die Einkommensteuer, sowie die gesetzlichen Anteile der Arbeitnehmer an den Beiträgen zur Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung werden am Lohn in Abzug gebracht. Diese Sätze stellen lediglich die Mindestlöhne dar. Es wird besonders seitens der beteiligten Organisationen (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) zum Ausdruck gebracht, daß Leistung und Fähigkeit durch höhere Löhne bewertet werden sollen. Verschlechterungen dieser durch die Festlegung dieser Löhne keineswegs stattfinden, das heißt, wo bisher mehr bezahlt wurde, darf nicht nach diesen Sätzen entlohnt werden. Die Hausfrauenorganisationen werden alles aufbieten, was in ihrer Macht liegt, alle diejenigen, die Hausangestellte, Putz-, Wasch- und Monatsfrauen beschäftigen, zu veranlassen, diese nach den vereinbarten Mindestsätzen, und zwar möglichst vom 1. September 1921 ab, zu entlohnen.

h. Karlsruher Mieter-Schutzverein. Die am 10. d. M. stattgehabte Mitgliederversammlung hat den Anwesenden Gelegenheit zur Aussprache über die Note der Mieter, wobei Kritik an der derzeit bestehenden Verhältnisse in der Wohnungsvergabe geübt und auch die Zustände beim Mieteneingangsamt als verbesserungsbedürftig bezeichnet wurden. Vom Wohnungsamt wurden Fälle bekanntgegeben, wonach Mieten zeitweilig zum Schaden der Betroffenen nicht auffindbar waren. Ferner wurde behauptet, daß die Listenführung bezüglich der Wohnungsuchenden sehr im Argen liege; Leute,

die schon vor 1 1/2 Jahren noch eintragen seien, seien in neu angelegten Listen nicht mehr auffindbar gewesen. Über von Wohnungsuchenden selbst ermittelte Tauschwohnungen verfüge das Amt häufig anderweitig, statt sie dem Ermittler, der Zeit und Mühe hierauf verwendet habe, zuzuwenden und den vom Wohnungsamt vorgezeichneten, die im Genehmigungsfall freierwerbende bisherige Wohnung des Ermittlers anzubieten. Es wurde gefordert, dahin zu wirken, daß das Wohnungsamt sofort sein Verfügungsrecht über Tauschwohnungen mehr haben solle, sofern Mieter und Vermieter unter sich einig und die bisherige Wohnung an Größe und Zimmerzahl der neu einzutauschenden nicht wesentlich nachstehend und die Kopfzahl der Familie dies rechtfertige.

Hinsichtlich des Mieteneingangsamtes wurde die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß bei der Menge der Streitfälle die Entscheidungen häufig ein gründliches Eingehen auf die oft als ausschlaggebend zu beachtende, individuelle Lage der Einzelfälle vermessen und so das Amt eher als ein Hausbesitzer-Hilfsamt denn als ein, vornehmlich zum Schutze der Mieter geschaffenes, Institut erscheinen lasse. Die sozusagen fabrikmäßige Fällung der Entscheidungen müsse gründlicherem Eingehen auf die einzelnen Fälle Platz machen. An Stelle des einen, zweifellos überlasteten Richters, müßte die Arbeit zwei Richtern übertragen werden, welche statt der bisher üblichen 1-2 Sitzungstage in der Woche, wöchentlich 1-2, also insgesamt 2-4 Sitzungstage abhalten, wodurch dann die Zahl der Fälle — auch im Interesse der oft stundenlang auf Aufruf

wartenden Parteien — an den einzelnen Sitzungstagen verringert und den einzelnen Fällen mehr Beachtung denn bisher geschenkt werden könnte.

Badische Gemeindeschau.

DZ. Kenstadt, 18. Okt. Sämtliche Punkte in der gestern stattgefundenen Bürgerausschussung wurden einstimmig genehmigt. So wurde u. a. für die Beschaffung einer Motorfeuerlöschpumpe nebst einigen Geräten ein Kredit von 80 000 Mark bewilligt, die bei der Spar- und Waisenkasse aufgenommen werden sollen. Ferner wurde bestimmt, daß die Fremdensteuer künftig — anstatt der prozentualen Abgabe von Zimmerpreis — folgendermaßen zu erheben sein: Für jedes Übernachtung vom 1. Oktober bis 1. Juni eine Mark, für die Zeit vom 1. Juni bis 30. September 1,50 Mark pro Person. Diese Neuordnung tritt mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft. Zur Abgabe dieser Fremdensteuer werden aber nicht nur die Gastwirte, sondern ohne Ausnahme auch alle Privaten herangezogen, die Fremde über Nacht beherbergen.

DZ. Bruchsal, 18. Okt. Wie aus dem letzten Bericht der Gemeinderatsitzung hervorgeht, werden vorbehaltlich Genehmigung des Bürgerausschusses als Hilfe für die Notleidenden in Ausland 5000 Mk. bewilligt, für das Rote Kreuz, nachdem dieses erklärt hat, die Vermeidung der Mittel zugunsten der Hungerleidenden zu übernehmen.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, 20. Okt. 7 bis 1/10 Uhr Mk. 12.—

Rose Bernd.

Eintracht
Donnerstag, den 20. Oktober, abends 7/8 Uhr
I. Kompositions-Abend
Prof. Heinrich Kaspar Schmid
Direktor des Bad. Konservatoriums
Mitwirkende:
van Gorkom (Bariton) Dr. Karl Brückner (Violine)
Otto Trautvetter (Cello) Karl Kottnermaier (Klavier)
Am Flügel: Der Komponist.
Karten zu 12.—, 8.—, 6.— und 4.50 und Steuer in der Musikalienhandlung R.702
Fritz Müller, Kaiserstr. Ecke Waldstr.

Stellenausschreiben.

Bei der städtischen Verwaltung Mannheim ist die Stelle eines **Stadtrechtsrats** zu besetzen, der vor allem Rechtsgutachten erstattet, wichtige Verträge und schwierigeren gemeindliche Rechtsgeschäfte bearbeitet und die Stellvertretung des Gemeindevorstandes übernimmt. Bevorzugt werden solche Bewerber, die neben der abgeschlossenen juristischen Vorbildung auch finanz-

wissenschaftliche Kenntnisse aufweisen.
Die Stelle ist in Gruppe XII eingereiht; je nach Alter und bisheriger Tätigkeit wird jedoch der Beamte zunächst nach Gruppe XI befördert.
Bewerber wollen sich bis zum 10. November d. J. schriftlich beim Bürgermeisterrat unter Einreichung der erforderlichen Zeugnisse melden.
Oberbürgermeister.

Expresgutverkehr.

Mit Wirkung vom 1. November 1921 kann die Fracht für Expresgutsendungen zwischen 2 Reichsbahnpersonenzustationen auf Grund der Entfernungen der Tarifklasse berechnet werden, wenn in den Entfernungsstufen der Expresguttarife für diese Verbindung keine Entfernungen enthalten ist. 3.418 Karlsruhe, 14. Okt. 1921. Eisenbahn-Generaldirektion.

Teil II, Abt. I des bad. Sinnergütertarifs, badischer Tarif.
Mit Gültigkeit vom 1. November d. J. wird die Abfertigungsgebühr zu Ziffer IX der besonderen Ausführungsbestimmungen zum Nebengebühren-tarif auf 50 Rappen für jede Stückgutendung und 2.50 Fr. für jeden Wagen bei Wagenladungen festgesetzt. Gleichzeitig fällt die besondere Grenzabfertigungsgebühr von 50 Rappen für Stückgut und 10 Franken für eine Wagenladung weg. Die auf Seite 6 des VII. Nachtrags zum bad. Tarif vorgesehene Grenzabfertigungsgebühr wird ebenfalls auf den 1. November 1921 aufgehoben; dafür treten in den Nebengebühren-tarif des Teil I des deutschen Tarifsystems einzelne Erhöhungen ein. Näheres in unserm Tarif- und Verkehrsanzeiger. 3.419 Karlsruhe, 8. Okt. 1921. Eisenbahn-Generaldirektion.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe

in Karlsruhe (Baden).

Zu der heutigen 69. ordentlichen Generalversammlung waren 23769 Aktien vertreten, und es wurden sämtliche Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt. Ferner wurde beschlossen die Verteilung einer Dividende von 20% = A 200.— und einer Sonderauschüttung von A 100.— pro Aktie = zusammen A 300.— für jede Aktie, welche bei unserer Kasse, sowie bei der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, bei Sal. Oppenheim jun. & Cie., Edin a. Rh., bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin und Frankfurt a. M., bei Witt & Somburger, Karlsruhe, bei Strauß & Co., Karlsruhe, bei der Deutschen Bank, Berlin, bei M. Hohenemser, Frankfurt a. M., gegen Rückgabe der betreffenden Gewinnanteilscheine erhoben werden kann. Bei der erfolgten Ersatzwahl zum Aufsichtsrat wurde an Stelle des ausscheidenden Herrn Direktor Dr. Julius Manthey Herr Gustav Bihl, Direktor der Disconto-Gesellschaft in Frankfurt a. M. gewählt.
Karlsruhe, den 18. Oktober 1921.

Der Vorstand.
Dr. Döderlein. Brunisch.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe

in Karlsruhe (Baden).

Abchluß am 30. Juni 1921.

Vermögenswerte.		Verbindlichkeiten.	
Grundstücke	444 094 28	Aktien-Kapital: 20 000 Aktien à A 1000.—	20 000 000
Gebäude	2 796 498 24	Rücklagen:	
Zugang	2 279 343 79	Gesetzliche Rücklagen	4 270 000
Abchreibung	101 516 84	Für Ergänzung der Dividende	350 000
Gef- und Bahngleise:		Zuweisungen für:	
Zugang	1.—	Arbeiter-Unterstützungen	645 332 69
Abchreibung	2 820.—	Beamten-Pensions-, Witwen- und Waisen-Versorgung	609 903 96
Maschinen:		Nicht erhaltene Dividende	12 330.—
Zugang	83 195 49	Sparnisse	557 786 29
Abchreibung	83 195 49	Verpflichtungen:	
Kraft-, Licht- u. Transmissionsanlage:		Aus laufender Rechnung	
Zugang	240 907 79	Aus laufender Rechnung	A 12 584 979 87
Abchreibung	588 776 55	Zuguhängen auf Bestellung	20 846 236 20
Werkzeugmaschinen:		Bürgschaften	A 529 700.—
Zugang	1 134 245 68	Gewinn- und Verlust-Rechnung:	
Abchreibung	1 636 386 91	Vortrag aus 1919/20	A 243 871 54
Entwässerung, Wasserleitung und Rohrleitungen:		Reingewinn aus 1920/21	10 718 379 37
Zugang	150 244 13		
Abchreibung	150 244 13		
Heizungsanlage:			
Zugang	59 749 60		
Abchreibung	59 749 60		
Allgemeine Gerätschaften:			
Zugang	261 241 30		
Abchreibung	261 241 30		
Werkzeuge, Modelle, Neubauten und Neueinrichtungen (im Bau begriffen):			
Zugang	1 551 276		
Abchreibung	8 236 269 82		
Zu Arbeit befindliche Fabrikate:			
Zugang	12 282 016 20		
Abchreibung	109 047 46		
Wertpapiere:			
Zugang	222 458 25		
Abchreibung	20 030 226 73		
Bankguthaben:			
Zugang	20 528 907 84		
Abchreibung	40 559 134 57		
Bürgschaften:			
Zugang	A 529 700.—		
Abchreibung	70 838 819 92		
			70 838 819 92

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 30. Juni 1921.

Soll.	Haben.
Handlungsunkosten	4 228 254 48
Abchreibungen	1 738 862 14
Rücklage für noch nicht verrechnete	71 025 15
Reingewinn aus 1920/1921	10 718 379 37
Vortrag aus 1919/1920	243 871 54
	10 962 250 91
	17 000 392 68

Vorstehende Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung haben wir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern der Gesellschaft übereinstimmend gefunden.
Karlsruhe, den 20. September 1921.
Rheinische Treuhand-Gesellschaft A.G.
Gaber.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Baden. 3.383
Güterrechtsregister-
trag Band II S. 463:
Salzer, Gustav Adolf,
Kaufmann in Baden, und
Kuzia Theresia Primie ge-
borene Sommer. Vertrag
vom 6. Oktober 1921. Gü-
tertrennung.
Band II Seite 462:
Roodmann, Johann,
Werkzeugfabriker in Ba-
den, und Karoline gebore-
ne Späth. Vertrag vom
8. Oktober 1921. Gü-
tertrennung.
Baden, 8. Okt. 1921.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

Bruchsal. 3.405
Güterrechtsregister-
trag Band III Seite 66:
Peroff, Anton, Maschi-
nenfabrikant in Bruchsal, u.
Suzanna Katharina geb.
Brecht. Vertrag vom 12.
Oktober 1921. Gü-
tertrennung des BGB.
Bruchsal, 15. Okt. 1921.
Amtsgericht.

Bruchsal. 3.406
Güterrechtsregister-
trag Band III Seite 65:
Fellhauer, Josef V., Pi-
garenenfabrikant in Diring-
en, und Anna geborene
Waher. Vertrag vom 30.
September 1921. Gü-
tertrennung des BGB.
Bruchsal, 12. Okt. 1921.
Amtsgericht.

Durlach. Güterrechts-
register-
trag Band II S.
484. Hauswirth, Anton,
Friseurmeister in Wein-
garten, und Frieda Thella
geborene Treßger. Ver-
trag vom 20. September
1921. Ertragsgemeinschaft
mit Vorbehalt-
gut der Frau. Amtsgericht,
Mannheim. 3.384
Zum Güterrechtsregister
Band XIV wurde heute
eingetragen:
1. Seite 387: Paulha-
ber, Heinrich, Obergemein-
deur in Mannheim, und
Elisabeth geb. Junzig.
Vertrag vom 15. März
1921. Gütertrennung.
2. Seite 388: Schwarz,
Hermann, Diplominge-
nieur in Mannheim, und
Bertrude geborene Wäl-
ler. Vertrag vom 14. Sep-
tember 1921. Gütertren-
nung.
3. Seite 389: Ludwig,
Peter, Lagerist in Mann-
heim-Pedanz, und Elisa-
beth geb. Vieb. Vertrag v.
6. Oktober 1921. Gü-
tertrennung.
4. Seite 390: Schmitz,
Willy, Kaufmann in
Mannheim, und Minna
geb. Jödel. Vertrag vom
6. Oktober 1921. Gü-
tertrennung.
Mannheim, 15. Okt. 1921,
Bad. Amtsgericht S.G. 4.
Pfulendorf. 3.385
Zu das Güterrechts-
register Band I Seite 260
wurde heute eingetragen:
Mittes, Max, Wäcker in
Pfulendorf, und Fran-
ziska geb. Kehler ebenda.
Vertrag vom 1. Oktober
1921. Gütertrennung §
1426 BGB.
Pfulendorf, 13. Okt. 1921.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

Triberg. 3.386
Güterrechtsregister
Seite
492: Wilhelm Duffner,
Wagnermeister in Tri-
berg, und Anna Gertrud
geb. Weis. Vertrag vom
4. Oktober 1921. Ertrags-
gemeinschaft mit
Vorbehaltsgut der Frau.
Triberg, 12. Okt. 1921.
Der Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts.

Willingen. 3.384
Zu D. S. 261 des Gü-
terrechtsregister Band II
wurde eingetragen: Jo-
hann Zimmermann, Wirt
zum Jägerhaus in Willin-
gen, und seiner Ehefrau
Ida geb. Maier: Das
Recht der Frau, innerhalb
ihres häuslichen Wir-
kungskreises die Geschäfte
des Mannes für ihn zu
besorgen und ihn zu ver-
treten, ist ausgeschlossen.
Willingen, 8. Okt. 1921.
Amtsgericht.

Bereins-Register.
Durlach, Vereinsregister.
Am 7. Oktober 1921 ein-
getragen: Christliche Ge-
meinschaft E. S. Singen,
Amt Durlach. Amtsge-
richt. 3.343
Ettlingen. 3.387
Zu Vereinsregister D.
3. 20 betr. den Turnver-
ein Langenfeinbach wurde
eingetragen: Der Name
des Vereins lautet jetzt:
Turn- und Sportverein
Langenfeinbach.
Ettlingen, 6. Okt. 1921.
Amtsgericht 1.